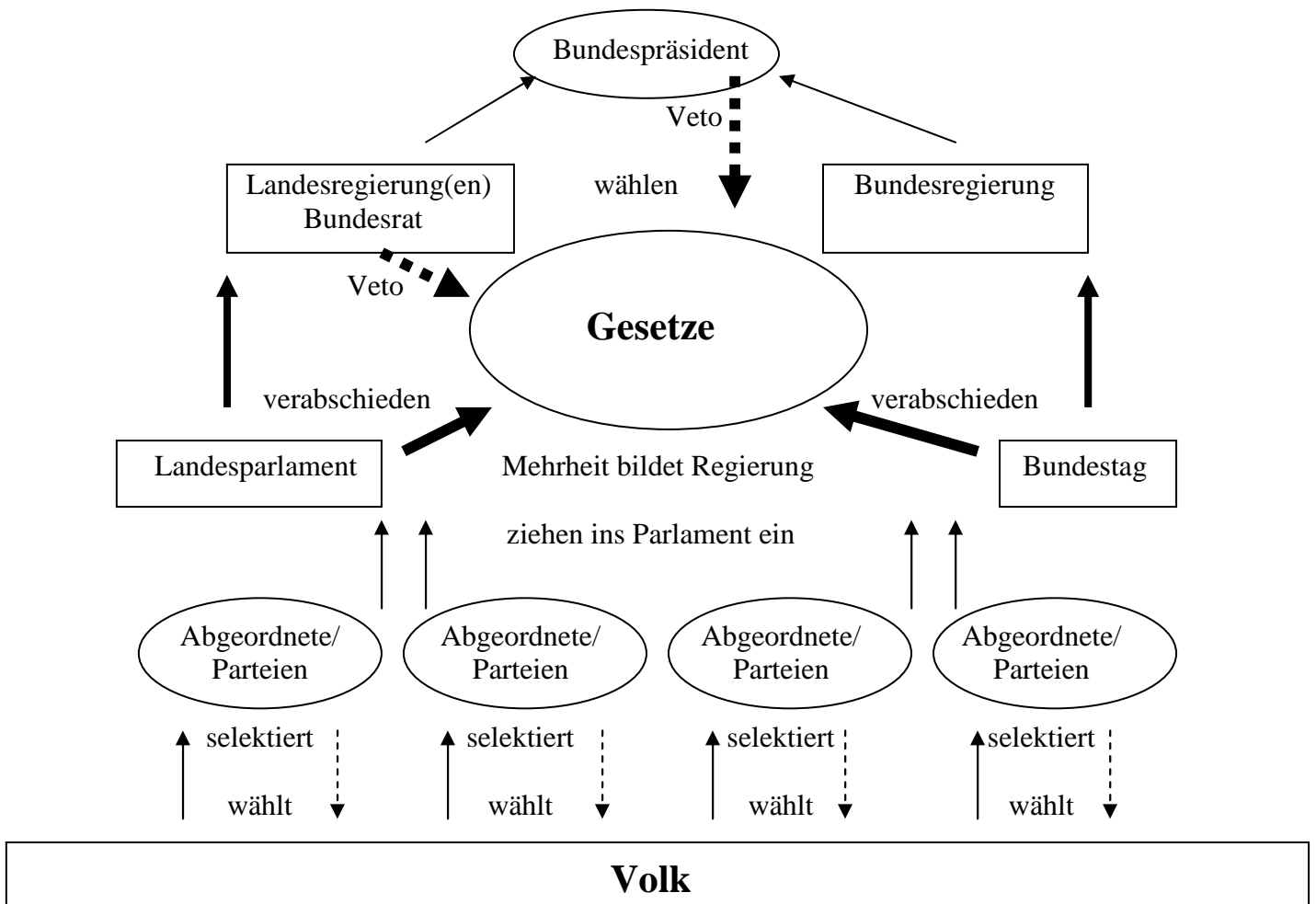


## Wie funktioniert unsere Demokratie?



Die Bundesrepublik Deutschland ist:

- ➔ ein **föderaler Bundesstaat**: der „Bund“, entscheidet über alle Fragen von Einheit und Bestand des Ganzen (z. B. Sicherung der Grenzen), die Länder haben Selbstbestimmungsrecht in ihren Kompetenzbereichen (z. B. Bildung, Polizei).
- ➔ eine **Repräsentative Demokratie**: Entscheidungen werden nicht vom Volk direkt, sondern ausschließlich vom Volk gewählter Vertreter (Abgeordnete) getroffen.
- ➔ eine **Konkurrenz-** oder auch **Mehrheitsdemokratie**: Verschiedene Parteien konkurrieren um die Macht und müssen, um regieren zu können, eine Mehrheit im Parlament bilden (Koalition).
- ➔ KEINE Demokratie mit **direkt-demokratischen Elementen**: Auf Bundesebene gibt es keine Plebiszite (Volksabstimmungen). Die einzigen beiden im Grundgesetz vorgesehenen Ausnahmen (Neugliederung des Bundesgebietes [ohne Initiativrecht des Volkes, findet nicht auf Bundesebene sondern nur in den betroffenen Ländern statt] sowie eine neue Verfassung) sind für die alltägliche Politik ohne jede Bedeutung. Auf Landesebene gibt es je nach Bundesland geringe plebiszitäre politische Beteiligungsmöglichkeiten für das Volk.

### ***Wer hat Macht und Einfluß?***

- Der **Bundespräsident** ist zwar das Staatsoberhaupt, hat jedoch eher repräsentative Funktion. Er kann aber sein Veto zu Gesetzen einlegen, indem er die Gesetze nicht unterschreibt (ratifiziert). Er wird nicht vom Volk, sondern von der Bundesversammlung gewählt.
- Der **Bundeskanzler** ist der Regierungschef, er bestimmt die Bundesminister und die Richtlinien der Politik der Bundesregierung. Der Bundeskanzler wird durch den Bundestag gewählt. Aber auch er ist auf seine Partei (und den Koalitionspartner) angewiesen.
- Die **Parteiführung** (Vorstand) der jeweiligen Parteien wird demokratisch von den Parteimitgliedern (genauer gesagt den Delegierten der Parteitage) gewählt. Die Parteien - und wohl nur sie - verfügt über die notwendigen Ressourcen (Finanzmittel, Logistik, Netzwerke, Erfahrungen), um dauerhaft und erfolgreich Personen in wichtige staatliche Ämter/Positionen zu bringen. Ohne das Vertrauen der Parteiführung und des Parteiapparates ist es so gut wie unmöglich, Macht und Einfluß auf Dauer zu sichern.

### ***Was ist Politikverdrossenheit?***

- negative Einstellung der Bürger in Bezug auf politische Aktivitäten und Strukturen, führt zu Desinteresse und mangelnder Partizipation
- geringe Wahlbeteiligung
- Mitgliederschwund in Parteien

These: Die Politikverdrossenheit steigt, wenn die Menschen die Politik wenig beeinflussbares, nur zugunsten der Politiker selber laufendes Getriebe erfahren. Sie sinkt, wenn Politiker im eigenen Interesse gezwungen sind, das Gemeinwohl zu verfolgen und die Menschen an der Politik teilnehmen können.

Mögliche Gründe für das Schwinden von Interesse an Politik sind:

- mangelnde Einflußmöglichkeit der Bürger auf die Gestaltung der Politik
- Enttäuschungen (durch gebrochene Wahlversprechen, Skandale/Korruption usw.)
- mangelnde politische Bildung (besonders bei Jugendlichen)
- Eigeninteresse der Politiker anstatt dem Wohl des Volkes zu dienen
- keine klaren Positionierungen der Parteien

### ***Welche Lösungsansätze gibt es?***

#### 1. Direktdemokratische Elemente

##### a) Wahl von z.B. Bundespräsidenten oder Ministerpräsidenten

Vorteil: Direkter Einfluß des Volkes auf die Wahl des höchsten Repräsentanten

Nachteil: Gefahr von steigendem Populismus

##### b) Volksentscheide

Vorteile:

- Keine absolute Macht der Regierungen, die im Parlament die absolute Mehrheit haben
- Zufriedenheit: Volksentscheide dienen der Autonomie der Bürger.

- Parteienabsolutismus lösen: Die Demokratie ist zur Zuschauerdemokratie geworden. Das Volk ist auf Akklamation bei Wahlen reduziert.
- Volksmeinung ungleich Politikermeinung: Viele Bürger fühlen sich von den Parteien unzulänglich vertreten.
- Festigung der Demokratie: Dem Lobbyismus einflussreicher Organisationen wird der Boden unter den Füßen weggezogen. Es sei weitaus schwieriger ein Volk zu beeinflussen als einzelne Personen.
- Erzwingen von Themen: Das Volk kann durch eine Volksinitiative Themen erzwingen, die Politiker zu meiden suchen.
- Bildung: Das politische Interesse und damit die politische Bildung wächst, da sich die Bürger mit bestimmten Themen auseinandersetzen müssen
- Politische Reife: Das Volk kann selbst politisch sinnvoll agieren
- Förderung von Interessenverbänden: Interessenverbände werden durch Plebiszite gefördert, da sie in der politischen Meinungsbildung normalerweise nur einen indirekten Einfluss haben. Sie können jedoch Plebiszite organisieren und damit direktdemokratische Politik betreiben.
- Inkompetenz der Politiker: Obwohl Parlamentarier Berufspolitiker sind, wissen sie nicht immer über das Bescheid, worüber sie entscheiden.
- Weniger Fehlentscheidungen: Mittels Volksentscheiden Reformen auf den Weg zu bringen dauert zwar länger, dadurch werden unausgegorene Schnellschüsse vermieden.
- Weniger Prestigeprojekte: Die Bürger neigen dazu, gegen sinnlose Prestigeprojekte, die viel Geld kosten und den Ruhm einzelner Politiker mehren sollen, zu stimmen, was zu effektiverem Mitteleinsatz führt.

#### Nachteile:

- Populismus: Das Volk ist unfähig, sinnvolle politische Entscheidungen zu treffen (emotionalisierter Unverstand, Populismus).
- Unwissenheit/Unmündigkeit/Fehlende Fachkompetenz: Das Volk ist nicht kompetent, sinnvolle politische Entscheidungen zu treffen.
- Medienbeeinflussung: Entscheidungen werden durch Medien beeinflusst.
- Dauerauseinandersetzungen: Ständige politische Auseinandersetzungen werden hervorgerufen.
- Verantwortung: Dem Parlament gelingt eine Flucht aus der Verantwortung. Gesetze werden über den plebiszitären Umweg gemacht, um die Verantwortung abzugeben.
- Pluralismus nicht repräsentiert: Volksentscheide widersprechen der pluralistischen Gesellschaft (nur schwarz-weiß, ja-nein etc.)
- Radikalisierung durch Polarisierung: Die schiere Auswahl zwischen „ja“ oder „nein“ führt zu extremen Positionen im Volk, woraus sich eine Radikalisierung ergibt.
- Abhängigkeit: Die Bürger sind auf Vereine bei der Nutzung von Volksentscheiden angewiesen und würden gerade durch demokratisch nicht legitimierte bevormundet.
- Minderheiten nicht berücksichtigt: Minderheitenmeinungen lassen sich im Volksentscheid nicht berücksichtigen
- Stimmungsdemokratie: Der Ausgang der Volksentscheide ist abhängig von momentanen, manipulierbaren, wechselnden Gefühlslagen.
- Fehlende Beteiligung: Die Beteiligung an Volksabstimmungen, etwa in der Schweiz, ist bei unwichtigeren Fragen gering.
- Fehlende Alternative: Internationale Verträge (Beispiel EU-Verfassung) wurden unter den Regierungen ausgearbeitet nach dem Muster „für keinen ideal, aber für jeden tragbar“. Dem Volk fehlt diese Kompromissbereitschaft.

- Abgeordnete: können die Wahlberechtigten doch schon wählen, diese sind qualifiziert für das Weiterleiten der Interessen des Volkes an das Parlament
- Aktive Minderheiten gewinnen den Volksentscheid, während die Meinungsmehrheit der Abstimmung fern bleibt.
- Effizienz: Der Prozess des Volksentscheids braucht naturgemäß ziemlich lange, vom Volksbegehren bis zur Abstimmung und ist somit sehr ineffizient

## 2. Neue Gesetze (Reformen) für mehr Beteiligung

### a) Bürokratieabbau

Vorteil: Einschränkung von Überregulierung, klarere Strukturen und Kompetenzverteilung (besonders für Unternehmen wichtig)

Nachteil: Moderne Staaten brauchen komplexe Bürokratie um handlungsfähig zu sein

### b) Berichtswesen

Vorteil: Bietet einen vollständigen Überblick

Nachteil: Aufwendig, teuer, bürokratisch, vom Volk wahrscheinlich nicht beachtet

### c) Föderalismusreform

Vorteil: Wettbewerb unter den Ländern, steigende Effizienz

Nachteil: Sehr aufwendig in der Umsetzung, scheitert möglicherweise sogar am Volk

### d) Finanzkontrollgremien

Vorteil: Kontrolliert die Ausgaben der Politik, kann unnütze Ausgaben drosseln

Nachteil: Erfolg nicht gesichert, sehr aufwendig umzusetzen (Bürokratie)

## 3. Initiativen der Politik für mehr Politik-Interesse

Könnten das Interesse und Vertrauen der Bürger in den Staat und die Parteien und deren Politiker wieder stärken, ein wirklicher Erfolg teurer Kampagnen kann jedoch nicht erwartet werden

## **Fazit:**

1. Politiker maximieren ihren eigenen Nutzen. Schließlich wollen sie - zumal wenn die Politik zu ihrem Beruf geworden ist - wieder gewählt werden.
2. Direktdemokratische Elemente sind kein Garant für allgemein steigendes Politikinteresse
3. Politikverflechtungen begünstigt den status quo und erschweren schnelle „Kurswechsel“. Dies ist Vor- und Nachteil zugleich.
4. Anstatt zu hohe Anforderungen an die Politik zu stellen und sich darauf zu verlassen, daß die Politik alles regelt, sollten die Bürger selbst die Initiative ergreifen, um wenigstens Ihr Umfeld zu verbessern.